

DEUTSCHLAND

Mehr Auspuffgifte in Europa

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ist mit seinen Versuchen, den deutschen Wald zu retten, auf der ganzen Linie gescheitert. Nach dem EG-Kompromß von

Luxemburg wird die Luft in Europa nicht sauberer werden. Der Katalysator, der die Auspuffgase gründlich entgiften sollte, ist weithin überflüssig geworden.

Friedrich Zimmermann konnte seinen Zorn kaum zügeln. „Nach 21 Stunden Rechnen und Diskutieren“, polterte der übernachtigte Innenminister Freitag früh der vergangenen Woche, „ist für niemanden mehr irgend etwas sicher.“

Das unfreundliche Urteil über die Tag-und-Nacht-Sitzung der EG-Umweltminister im Luxemburger Europa-Center hatte nicht lange Bestand. Nach Dusche und kurzem Flug in die Bundeshauptstadt entdeckte der Minister vor dem Bonner Parlament plötzlich die Schokoladenseiten der EG-Entscheidung über das Umweltauto.

Endlich, erzählte Zimmermann den Abgeordneten, herrsche nun Rechtssicherheit für Bürger und Industrie. Das sei „ein enormer Fortschritt“.

Sein erstes Urteil traf den Sachverhalt besser. Nach dem Luxemburger Kompromiß steht fest: Zimmermann ist als Umweltschützer auf der ganzen Linie gescheitert. Bis ins Jahr 2000 wird der Dreck aus den Auspufftöpfen nicht weniger werden, sondern eher mehr.

Zwei Jahre lang hatte Zimmermann seine europäischen Partner und die Industrie mit immer neuen Ankündigungen über Bonner Alleingänge bei der Einführung des Umweltautos geschockt. Das Ergebnis dieser forschen Gangart, wie es nun von allen EG-Staaten außer Dänemark gebilligt ist, spricht nicht für die Methode Zimmermann.

Der Minister versprach: Von 1986, spätestens aber von 1989 an dürften in der Bundesrepublik nur noch umweltfreundliche Autos zugelassen werden. Die EG beschloß: Für 85 Prozent der Autos wird der Termin weit in die neunziger Jahre verschoben.

Der Minister versprach: Bei allen Neuwagen müßten die Abgase nach dem



tz, München

„Großartig, unser Kanzler sitzt jetzt das Waldsterben ganz persönlich aus!“

Stand der Technik um 90 Prozent vermindert werden. Die EG beschloß: Für 85 Prozent der Autos genügt eine Reduktion um weniger als die Hälfte.

Der Minister versprach: Bald wissen die Bürger, worauf sie sich beim Umweltauto einzustellen haben. Doch auch nach dem Luxemburger Kompromiß sind immer noch mehr Fragen offen als beantwortet.

Bereits im März hatten die EG-Umweltminister grundsätzlich beschlossen, die EG-Normen für das umweltfreundliche Auto müßten in ihren Auswirkungen den strengen US-Vorschriften entsprechen. Zimmermann feierte die Entscheidung als Triumph seines Verhandlungsgeschicks.

Nach dem Kompromiß von Luxemburg können Zimmermanns Gegner triumphieren. Lediglich in der Klasse über zwei Liter gelten von 1988/89 an Werte, die nur durch den Einbau eines geregelten Drei-Wege-Katalysators erreicht werden können. Nur solche Werte aber entsprechen wirklich den amerikanischen Abgasnormen.

Bei Wagen unter 1,4 Liter Hubraum hatte Zimmermann schon im März Zugeständnisse gemacht und sich mit einer Abgasreinigung von etwa 50 Prozent begnügt. In Luxemburg ging es nun vor allem um Grenzwerte für Pkw zwischen 1,4 und zwei Litern.

Entscheidend ist der Ausstoß der Umweltgifte Kohlenwasserstoffe (CH) und Stickoxide (NOx). Für diese beiden Stoffe wollte die Kommission pro Test einen Ausstoß von je vier Gramm zulassen. Das Umweltbundesamt empfahl je 1,5 Gramm, was in etwa den amerikanischen Werten entspricht. Zimmermann ging mit einem Angebot von je 2,5 Gramm in die Verhandlungen. Die Briten, Franzosen und Italiener mit etwa je sechs Gramm.



Umweltminister Zimmermann (M.): „Ein enormer Fortschritt“

Der Vorschlag der Kommission war also ein Kompromiß. Doch dieser Kompromiß hatte in Zimmermanns Augen einen entscheidenden Fehler: Die vorgesehenen Werte lassen sich ohne den Einbau eines geregelten Drei-Wege-Katalysators erreichen. Es genügt ein ungeordelter, viel billigerer Katalysator, in einigen Fällen sogar eine noch einfachere Abgasreinigungsanlage.

Genau das aber hatten die Briten sich schon im März ausbedungen: Auch einfachere Konzepte wie das von ihnen favorisierte Magerverbrennungssystem müßten ausreichen.

Bei den Verhandlungen in Luxemburg, so hatte Zimmermann vor Konferenzbeginn angekündigt, müßten auf alle Fälle strengere als von der Kommission

vorgeschlagene Werte herauskommen. Nach 21stündigem, quälendem Feilschen heißt nun der Kompromiß, NOx und CH zusammen dürften die Umwelt pro Test mit nicht mehr als acht Gramm Schadstoff belasten.

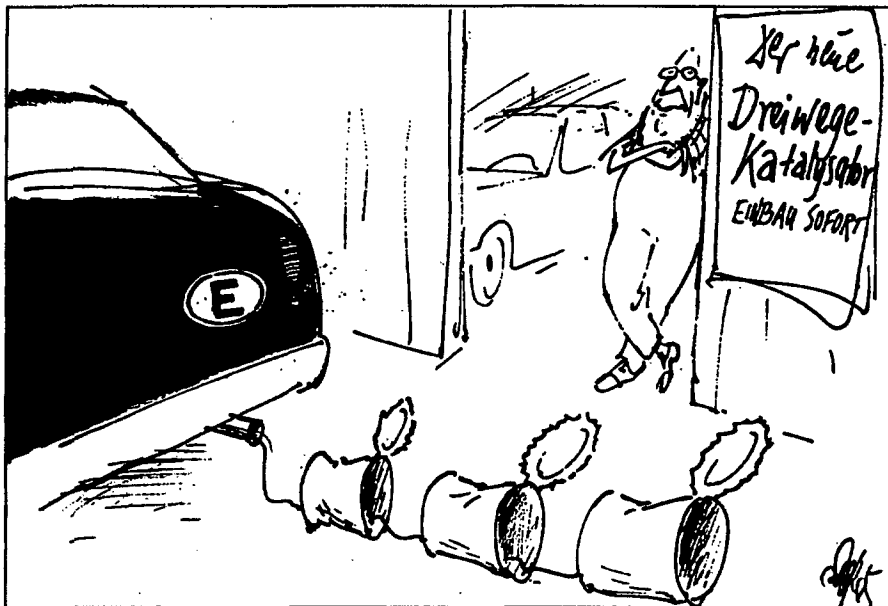
Das scheint auf den ersten Blick wenigstens dem Kommissionsvorschlag von jeweils vier Gramm zu entsprechen, den Zimmermann eigentlich nachbessern wollte. In Wahrheit ist alles nur noch schlimmer geworden.

Die Schadstoffe sollen nämlich nicht mehr einzeln ausgewiesen, sondern nur noch als Summe genannt werden. Der Grenzwert wird also auch dann noch eingehalten, wenn bei der Verbrennung zwei Gramm CH und sechs Gramm NOx die Umwelt belasten.

Diese „größere Flexibilität“ der Autohersteller führt zu einer etwas stärkeren Umweltbelastung, kommt aber gleichzeitig sehr viel billiger als der von Zimmermann favorisierte Katalysator. Die Folge: Bei Zusatzkosten von bis zu 3000 Mark werden sich nur noch wenige Käufer für ein wirklich schadstoffarmes Auto entscheiden.

Zimmermann streicht als Verdienst heraus, daß Briten und Franzosen ihm im Gegenzug erlaubt haben, vom ersten Juli an sein System von Steuerbegünstigungen wirksam werden zu lassen. Grund zur Freude hat er aber auch hier nicht: Weil das Konzept auf echte Umweltautos ausgelegt ist, nun aber die viel schwächere Europannorm gilt, führt es zu absonderlichen Ergebnissen.

Der Besitzer eines Wagens unter 1,4 Liter Hubraum beispielsweise, der 2500 Mark für eine 90prozentige Abgasreinigung ausgibt, spart 750 Mark Kfz-Steuern. Kauft er sich aber einen 1,6-Liter-



Zimmermanns Meisterstück

Neue Osnabrücker Zeitung

* Mit Ministerialdirektor Egon Ferdinand Herfeldt, Wirtschaftsminister Martin Bangemann, Staatssekretär Carl-Dieter Sponberg in Luxemburg.

Wagen und wendet nur rund 1000 Mark für eine der Europaanorm genügende Abgasreinigung (50 Prozent) auf, so kann er mit 2200 Mark Steuerersparnis rechnen. Für einen Diesel-Pkw, der die Grenzwerte für CH und NOx ebenfalls leicht einhält, gibt es – zumindest bis zum nächsten Jahr – überhaupt keine Steuervorteile.

Dieses wirre Fördersystem hat eine Wirkung, die Zimmermann nicht gewollt haben kann. Es katapultiert den teuren Katalysator aus dem Markt, weil die billigere Lösung genauso gefördert wird.

Doch weil die Bundesregierung endlich einmal beweisen möchte, daß sie auch Versprechen halten kann, übersieht sie die Absonderlichkeiten. Die Steuerbegünstigungen sollen vom ersten Juli an gelten. Eine Absprache von Luxemburg erwähnte der Umweltminister bei der Debatte im Bundestag erst gar nicht, weil sie ihm Beifall von SPD und Grünen eingebracht, aber Mißfallen im eigenen Lager ausgelöst hätte. Die Umweltminister beauftragten die Kommission, bis Ende '85 einen Vorschlag für ein europaweites Tempolimit vorzulegen.

Da alle anderen Länder außer der Bundesrepublik bereits mit einer Geschwindigkeitsgrenze leben, wird ihr Widerstand gegen eine Vereinheitlichung nicht groß sein. Steht es aber neun zu eins, kann Umweltschützer Zimmermann sich nicht mehr lange sträuben.

Auch der Innenminister selbst sieht wohl, daß der europäische Kompromiß kaum als deutscher Erfolg zu deuten ist. Er beruft sich aber darauf, „das Optimum dessen, was erreichbar war, erreicht zu haben“. EG-Kenner bescheinigen ihm auch, daß er verhandelt zu haben.

Aber im Europa der zehn haben sich längst ganz eigene Spielregeln durchgesetzt. Da würde, klagt der deutsche Industrie-Kommissar Karl-Heinz Narjes, bei allen Entscheidungen zuerst gefragt, ob sie der Industrie auch genehm seien.

Das sei, so Narjes, in den USA und in Japan ganz anders: Da „werden die Entscheidungen gefällt, die Unternehmen haben sie zu vollziehen“.

ARBEITSLOSE

Ruhe im Sommer

Norbert Blüm möchte etwas für die Arbeitslosen tun – und der Finanzminister soll sogar Geld dabei sparen.

Finanzminister Gerhard Stoltenberg hatte seine Vorbereitungen für den Haushalt 1986, der diese Woche im Kabinett verabschiedet wird, bereits abgeschlossen, als sich noch ein Kabinettskollege mit Sonderwünschen meldete. Der Arbeitsminister bat, am Mittwoch vergangener Woche, um ein Gespräch unter vier Augen.

Danach zeigte sich Norbert Blüm überaus zufrieden. „Er macht mit“, be-

richtete er seinen Mitarbeitern über die Diskussion mit Stoltenberg. Sonderwünsche, die seinen Haushalt betreffen, pflegt der auf Sparsamkeit fixierte Finanzchef gemeinhin abzulehnen. In diesem Fall aber konnte Stoltenberg wohl nicht nein sagen: Das Angebot, das Blüm ihm unterbreitete, schien verlockend.

Die Arbeitslosenversicherung, so Blüms Vorschlag, soll im nächsten Jahr 1,725 Milliarden Mark zusätzlich für Arbeitslosengeld und Ausbildungshilfen ausgeben. Der Vorteil für Stoltenberg: Durch die höheren Leistungen aus Nürnberg würden Arbeitslose davor bewahrt, in die niedrigere Arbeitslosenhilfe abzusacken, die aus der Bundeskasse bezahlt wird. Stoltenberg könnte 580 Millionen Mark einsparen.



Minister Blüm, Stoltenberg: „Er macht mit“

Außer Geld, so schwärmte Blüm im Finanzministerium, springe auch noch ein handfester politischer Vorteil dabei heraus. Mit den Milliarden der Arbeitslosenversicherung könnte die Arbeitslosenstatistik im Vorwahljahr 1986 um mindestens 100 000 verbessert werden.

Das aber scheint dem Arbeitsminister dringend erforderlich. Blüm nämlich glaubt nicht an die optimistische Vorausschau für den Arbeitsmarkt, die Stoltenberg seinem Etat '86 zugrunde legt.

Gleich um ein Prozent, so unterstellt der Finanzminister, soll die Beschäftigung im nächsten Jahr zunehmen. Das bedeutet rund 200 000 Arbeitsplätze mehr als in diesem Jahr.

Woher die plötzliche Besserung kommen soll, weiß allerdings auch in Bonn niemand. Die Volkswirtschaft wird nach Stoltenbergs Plan 1986 im gleichen Tempo wachsen wie dieses Jahr, um real 2,5 Prozent, 1985 aber nimmt die Zahl der Beschäftigten bestenfalls um einige tausend zu.

Die Hoffnung, daß die erwartete Zunahme der Investitionen (zwischen sechs und sieben Prozent) nun endlich im vierten Jahr des Aufschwungs Arbeitsplätze bringt, ist trügerisch. Nach wie vor sind die Unternehmer mehr daran interessiert, die Produktion zu rationalisieren – ohne zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen.

Die Realisten unter den Bonner Ökonomen erwarten denn auch, daß Stoltenberg schon im Herbst seine Prognose nach unten korrigieren muß. Weil auch 1986 die Zahl jener, die Arbeit nachfragen, weitersteigt, würde dann auch die Zahl der Arbeitslosen größer werden.

Für Stoltenberg hat die optimistische Variante, selbst wenn er sie korrigieren muß, kurzfristig allerdings einen beträchtlichen Vorteil. Nach wie vor näm-

lich drängen FDP und CSU darauf, die für 1988 geplante zweite Stufe der Steuerreform auf 1986 vorzuziehen und so die Konjunktur anzukurbeln.

Solange die Bundesregierung gesundes Wachstum und eine kräftige Zunahme der Beschäftigung voraussagt, riet Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlecht vergangene Woche dem wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Otto Graf Lambsdorff, könne der Graf unmöglich weiter mit seiner Forderung nach der vorgezogenen Steuerreform durch die Lande ziehen.

Schlecht empfahl seinem ehemaligen Chef, das Thema bis zum Herbst zurückzustellen. Lambsdorff stimmte zu, Stoltenberg hat für den Sommer Ruhe.

Im Herbst aber, wenn die Gefahr nicht mehr zu leugnen ist, daß die Bonner Koalition mit steigenden Arbeitslosenzahlen in den Wahlkampf gehen muß, wird die von Blüm geplante statistische Entlastung doppelt wertvoll sein: